

HIER WOHNTE
BELSORA
MENDELSON
GEB. BECKER
JG. 1888
DEPORTIERT 14.11.1941
ERMORDET IN
MINSK

HIER WOHNTE
LEO MENDELSON
JG. 1888
'SCHN...

HIER WOHNTE
LISELOTTE
MENDELSON
JG. 1924
DEPORTIERT 14.11.1941
ERMORDET IN
MINSK

**MEHR
ERFAHREN**

ABITUR-TRAINING

Geschichte 1

Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Schwerpunktthemen

STARK

Inhalt

Vorwort

Industrialisierung und Soziale Frage	1
1 Industrialisierung: Voraussetzungen, Grundlagen, Merkmale	3
1.1 Reformen und politischer Rahmen	3
1.2 Bevölkerungsentwicklung	4
1.3 Technische Innovationen	7
1.4 Wirtschaft und Arbeit	8
1.5 Auf Wachstumskurs	10
2 Zweite Industrielle Revolution	12
2.1 Handel, Verkehr, Kommunikation	12
2.2 Geld und Kapitalmarkt	15
2.3 Forschung und Bildung	16
2.4 Neue Industriezweige	17
2.5 Krisen und Kartelle	18
2.6 Umweltprobleme und Gefahren	20
2.7 Gesellschaft im Wandel	21
3 Arbeits- und Lebensbedingungen	24
3.1 Fabrikarbeit – neuer Rhythmus, neue Ordnung	24
3.2 Krank durch Arbeit	25
3.3 Arbeitszeit	26
3.4 Arbeit und Lohn	28
3.5 Leben und Überleben des Proletariats	29
3.6 Großstadt und urbane Kultur	31
3.7 Im Zeichen des Fortschritts	34
4 Praktische Ansätze zur Lösung der Sozialen Frage	36
4.1 Unternehmerische Ansätze	36
4.2 Kirchliche Reformansätze	39
4.3 Organisierte Arbeiterbewegung	41
4.4 Bismarcks Sozialgesetzgebung	45

Nationalstaatsgedanke und Nationalismus	47
1 Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts	47
1.1 Veränderungen infolge der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege	47
1.2 Die Befreiungskriege 1813/14	48
1.3 Wiener Kongress und Restauration	50
1.4 Vormärz	52
2 Die Revolution in Deutschland 1848/49	56
2.1 Vorrevolutionäre Entwicklung: Offenburg und Heppenheim	56
2.2 Die „Märzereignisse“	57
2.3 Die verfassunggebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche	60
2.4 Grundzüge des Verfassungsentwurfs von 1849	61
2.5 Probleme und Scheitern der Nationalversammlung	63
Das Kaiserreich	69
1 Der Weg zur Reichsgründung (1848–1871)	69
1.1 Das Wiedererstarken der monarchischen Herrschaft nach 1849	69
1.2 Der preußisch-österreichische Dualismus und die Einigungskriege (1864–1871)	73
2 Die Reichsverfassung von 1871	79
3 Bismarcks Innenpolitik	83
3.1 Der „Kulturkampf“ gegen den politischen Katholizismus	83
3.2 Die „konservative Wende“ Bismarcks nach 1878	85
3.3 Der neue „Staatsfeind“: die Sozialdemokratie	86
3.4 Bismarcks Sozialgesetzgebung	86
4 Die Innenpolitik Wilhelms II. (1888–1918)	89
4.1 Das persönliche Regiment Wilhelms II.	89
4.2 Militarismus und Sozialimperialismus	89
4.3 Die Entwicklung von Parteien, Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften	90
5 Die Außenpolitik des Deutschen Reichs (1871–1914)	92
5.1 Die Ausgangssituation	92
5.2 Die Außenpolitik Bismarcks	95
5.3 Die Außenpolitik unter Wilhelm II. (1890–1914)	98
5.4 Internationale Krisen	102
5.5 Die Situation in Europa vor dem Ersten Weltkrieg	104

Imperialismus	109
1 Motive und Ziele imperialistischer Politik	109
1.1 Imperialistische Herrschaftsformen	109
1.2 Erklärungsansätze zum Imperialismus	109
2 Die Großmächte im Zeitalter des Imperialismus	113
2.1 Großbritannien	113
2.2 Frankreich	115
2.3 Das Deutsche Reich	116
3 Der Imperialismus in Afrika	119
3.1 Das britische Engagement in Afrika	120
3.2 Die Entwicklung der deutschen Kolonialpolitik in Afrika	121
3.3 Folgen des Imperialismus für die Betroffenen	123
Der Erste Weltkrieg	127
1 Kriegsursachen und Kriegsausbruch	129
1.1 Kriegsursachen	129
1.2 Julikrise und Kriegsausbruch	129
1.3 Kriegsschuldfrage	131
1.4 Kriegsziele	133
2 Kriegsverlauf	135
2.1 Die Ausgangslage	135
2.2 Der Kriegsverlauf im Überblick	135
2.3 Die globale Dimension des Ersten Weltkriegs	137
2.4 Kriegführung im „modernen“ Krieg	138
2.5 Kriegswirtschaft und „Heimatfront“	141
2.6 Kriegspropaganda und Feindbilder	143
3 Die internationale Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg	147
3.1 Kriegsende	147
3.2 Die Pariser Friedenskonferenz, der Vertrag von Versailles und weitere Pariser Vorortverträge	150
3.3 Die Bedeutung des Versailler Vertrags für die Weimarer Republik	154
3.4 Der Völkerbund als Instrument der Friedenssicherung	156
Die Weimarer Republik	163
1 Bestimmende politische und gesellschaftliche Strukturen	164
1.1 Die Klassengesellschaft	164
1.2 Die Modernisierungskrise	165

2	Die Revolution von 1918	166
2.1	„Oktoberverfassung“: verspätete Parlamentarisierung des Reichs	166
2.2	Die Revolution der Soldaten und Arbeiter	167
2.3	Der Weg zur Nationalversammlung	169
2.4	Demokratische Alternativen in der revolutionären Anfangsphase? ..	170
3	Die Weimarer Reichsverfassung von 1919	171
3.1	Zentralismus und Föderalismus	172
3.2	Wahlsystem und plebiszitäre Elemente	173
3.3	Der Reichspräsident	174
3.4	Die Reichsregierung	175
3.5	Grundrechte und Grundpflichten	175
3.6	Die Parteien in der Nationalversammlung 1919	177
4	Die Außenpolitik der Weimarer Republik	179
4.1	Der Vertrag von Rapallo 1922	180
4.2	Die Locarno-Verträge 1925	180
4.3	Der Berliner Vertrag 1926	181
4.4	Eintritt in den Völkerbund 1926	182
4.5	Die Entwicklung der Reparationsfrage	182
5	Rechte und linke Bedrohung der Republik	183
5.1	Kapp-Lüttwitz-Putsch und Ruhraufstand 1920	184
5.2	Das Krisenjahr 1923	185
5.3	Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 als Wendepunkt der Weimarer Republik	189
6	Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen	190
6.1	Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft	190
6.2	Die innenpolitischen Folgen	191
6.3	Scheitern der Republik in den Präsidialkabinetten 1930–1933	195
7	Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik	200
	Die nationalsozialistische Diktatur	209
1	Die „Machtergreifung“	211
1.1	Koalitionsregierung der „nationalen Erhebung“	211
1.2	Die Zerschlagung des Rechtsstaats („Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“, 28. 2. 1933)	212
1.3	Die „nationale Revolution“ nach den Reichstagswahlen (5. 3. 1933)	213
1.4	Selbstausschaltung des Reichstags im „Ermächtigungsgesetz“ (23. 3. 1933)	214

2	Die Gleichschaltung von Politik, Verwaltung und Reichswehr	215
2.1	Die „Säuberung“ des Beamtenapparats und der Universitäten	215
2.2	Die Selbstunterwerfung der Justiz	216
2.3	Die Beseitigung des Föderalismus	216
2.4	Das Verbot der Parteien	217
2.5	Ausschalten innerparteilicher und konservativer Rivalen („Röhm-Putsch“)	217
2.6	Die Unterordnung der Reichswehr	219
2.7	Die Festigung der Macht	219
3	Die Gleichschaltung der Gesellschaft	221
3.1	Die Kontrolle des Kultursystems	221
3.2	Die Einflussnahme auf die christlichen Kirchen	222
4	Die Grundzüge der NS-Ideologie	224
4.1	Rassismus als pseudowissenschaftliche Grundlage	225
4.2	Antisemitismus als ideologischer Kern	225
4.3	Lebensraumpolitik als außenpolitische Forderung	226
4.4	Hitlers „Nationaler Sozialismus“	226
4.5	Radikaler Bruch mit den Werten der Aufklärung	227
4.6	Das „Dritte Reich“ als mythischer Bezugspunkt des Nationalsozialismus	228
4.7	Das Führerprinzip	228
5	Die Herrschaftsinstrumente des NS-Regimes	230
5.1	Der Führermythos	230
5.2	Die Verschränkung von Partei und Staat im „Führerstaat“	231
5.3	Die nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft	234
5.4	Propaganda	236
5.5	Kulturelle „Verführung“ (NS-Kulturpolitik)	237
5.6	Politische Unterdrückung	238
5.7	Der SS-Staat	241
5.8	Wertekonsens zwischen Konservativen und Nationalsozialisten	242
5.9	Die Korrumpierung großer Bevölkerungsgruppen	243
6	Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik	246
6.1	Das NS-„Wirtschaftswunder“	246
6.2	Die Rolle der Wirtschaft im NS-System	247
6.3	Die Zerschlagung der Gewerkschaften	248
6.4	Die Eingliederung in die staatliche Kommandowirtschaft	249
6.5	Die Verstrickung der Wirtschaft in den Eroberungskrieg	250

7	Die nationalsozialistische Außenpolitik	251
7.1	Hitlers außenpolitische Vorstellungen	252
7.2	Die Kontinuität der Revisions- und Großmachtpolitik	253
7.3	Hitlers Doppelstrategie	254
7.4	Die Isolation Deutschlands	255
7.5	Das Durchbrechen der Isolation	256
7.6	Aggressive Revisionspolitik	257
7.7	Die Vorbereitung des Kriegs gegen Polen	260
8	Der Zweite Weltkrieg	262
8.1	Der Kriegsverlauf	263
8.2	Der Vernichtungskrieg	269
8.3	Der „totale Krieg“	269
8.4	Der Bombenkrieg	271
8.5	Bevölkerungspolitik, Flucht und Vertreibung	272
8.6	Besatzungspolitik und Widerstand	273
9	Deutscher Widerstand gegen den Nationalsozialismus	274
9.1	Bedingungen und Ausmaß des Widerstands	275
9.2	Arbeiterwiderstand	276
9.3	Selbstbehauptung und Opposition in den Kirchen	279
9.4	Widerstand in den gesellschaftlichen Eliten	281
9.5	Jugendopposition	284
9.6	Studentischer Widerstand (Die „Weiße Rose“)	285
9.7	Widerstand verschiedener Gruppen und Einzelner	286
10	NS-Rassenpolitik und Holocaust	289
10.1	Die Bedeutung des Holocausts	289
10.2	Die NS-Rassenpolitik bis Kriegsbeginn	290
10.3	Der Verlauf des Holocausts	295
10.4	Erklärungen für den Holocaust	301
10.5	Tätergruppen und ihre Motive	304
	Lösungen	309
	Stichwortverzeichnis	351
	Bildnachweis	357

Autoren: Henning Aubel, Christine Eckl, Ralf Saal, Dr. Johannes Werner

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der vorliegende Band Geschichte 1 soll Ihnen eine gezielte und effektive **Vorbereitung auf Klausuren** und alle **Prüfungen des Zentralabiturs** im Fach Geschichte ermöglichen. Hierzu werden die wichtigen prüfungsrelevanten Themen „Die moderne Industriegesellschaft“, „Die Entwicklung des deutschen Nationalismus“ sowie „Der Erste Weltkrieg“ und „Die nationalsozialistische Diktatur“ übersichtlich und prägnant dargestellt.

- Die Kapitel enthalten das in der Abiturprüfung vorausgesetzte **Basiswissen an Fakten** in zusammenhängender und strukturierter Form. Historische **Abbildungen** veranschaulichen die Inhalte und dienen als Merkhilfe.
- Die darstellenden Textpassagen sind klar strukturiert und übersichtlich gegliedert. Zusammenfassende Bewertungen auf dem neuesten Stand der fachwissenschaftlichen Forschung leiten das jeweilige Thema und sollen dem Bearbeiter eine grundlegende Orientierung ermöglichen.
- Ein sinnvoll ausgewähltes **Stichwortverzeichnis** verhilft Ihnen zu einem schnellen Überblick und einem sicheren Zugriff auf relevante Informationen.
- Zusammenfassende **Schaubilder** und **Infokästen** erleichtern das Lernen und bieten Ansätze für eigene **Präsentationen** von geschichtlichen Zusammenhängen.
- Mit den vielfältigen **Übungsaufgaben** am Ende jedes Kapitels und **materialgestützten Aufgaben im Stil des Abiturs**, die als Basis alle in den Prüfungen verwendeten Quellenarten von Texten über Karikaturen bis hin zu Fotografien enthalten, können Sie das Gelernte selbstständig anwenden.
- Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes gibt Ihnen schließlich die Möglichkeit, Ihren Wissensstand schnell und einfach zu überprüfen. Die wichtigsten Bewertungen, Zusammenhänge und Fakten werden dort noch einmal zusammenfassend aufbereitet.

Verfasser und Verlag wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!

2.5 Kriegswirtschaft und „Heimatfront“

Keine der am Krieg beteiligten Nationen war auf einen lang andauernden technisierten „Abnutzungskrieg“ vorbereitet. Aufgrund des ungeheuren Einsatzes von Material und Menschen über mehrere Jahre bekam die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eine kriegsentscheidende Bedeutung und wurde den Bedürfnissen der Kriegführung untergeordnet. Zugleich war in allen beteiligten Ländern – wenn auch in unterschiedlichem Maße – die gesamte Zivilbevölkerung vom Krieg betroffen und wurde auf die eine oder andere Weise für den Krieg mobilisiert („**Heimatfront**“). Man spricht vom Ersten Weltkrieg auch als dem ersten „**totalen**“ Krieg, weil in ihm alle militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressourcen eingesetzt wurden.

In Berlin richtete man im August 1914 als Leitungsstelle der **Kriegswirtschaft** die „Kriegsrohstoffabteilung“ (KRA) ein. Die Aufgabe dieser Behörde bestand darin, in Zusammenarbeit mit Industrievertretern die für die Kriegsproduktion benötigten Rohstoffe zu beschaffen, die die Mittelmächte aufgrund der britischen Seeblockade nicht mehr auf dem Weltmarkt erwerben konnten. Auch suchte sie nach Verfahren, um Ersatzstoffe, z. B. für die Schießpulverproduktion, herzustellen. In den letzten Kriegsjahren wurden gefragte Rohstoffe auch in großen Kampagnen und Sammlungen zusammengetragen.

Die industrielle Produktion wurde auf die Herstellung kriegswichtiger Güter wie Waffen, Munition, Fahrzeuge oder Treibstoff ausgerichtet. Futter- und Düngemittel oder Rohstoffe wie Kohle wurden rationiert und vorrangig für die Kriegsproduktion oder den Nachschub an der Front verwendet.

In den Betrieben ersetzten Frauen, kriegsuntaugliche Männer und Jugendliche die fehlenden Arbeitskräfte. Ebenso verpflichtete man Kriegsgefangene und Bewohner der besetzten Gebiete zur Arbeit in der Rüstungsindustrie. Seit Ende 1916 wurden im Deutschen Reich mit dem „Kriegshilfsdienstgesetz“ alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren, die noch nicht eingezogen waren, zur Arbeit verpflichtet.

All diese Anstrengungen zur Steigerung der Kriegsproduktion geschahen auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung. Die Bevorzugung der Kriegsindustrie, die Rationierung von Rohstoffen und der Mangel an Arbeitskräften führten im Zusammenwirken mit der britischen Seeblockade und dem Einbruch der landwirtschaftlichen Produktion dazu, dass es immer schwerer wurde, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern.

Auf die Verknappung der Nahrungsmittel und die damit verbundenen Preissteigerungen reagierte der Staat unter anderem mit Preisfestlegungen, mit Be-

schlagnahmen und seit 1915 mit der Bewirtschaftung von Grundnahrungsmitteln durch Lebensmittelmarken, die zwar jedem Bürger einen bestimmten Anteil im Bereich des Existenzminimums zusprachen, aber nicht garantieren konnten. Krisenverschärfend wirkte dabei, dass verschiedene Behörden gegeneinander arbeiteten und es kein einheitliches Konzept der Nahrungsmittelbewirtschaftung gab.

Die schlechte Versorgungslage führte bereits 1915 in manchen Städten zu Hungerkrawallen, Demonstrationen, Streiks und Plünderungen. Auch zwang die existenzielle Notlage viele dazu, auf dem **Schwarzmarkt** oder bei „Hamsterfahrten“ auf das Land zusätzliche Lebensmittel zu überhöhten Preisen zu besorgen. Diebstahl oder die Fälschung von Lebensmittelkarten nahmen zu. Spätestens seit dem „**Steckrübenwinter**“ 1916/17 war der Kriegsalltag großer Teile der deutschen Bevölkerung von Hunger und Mangelernährung bestimmt. Ungefähr 700 000 Menschen – vornehmlich alte und schwache Personen sowie Kinder – starben bis Kriegsende an den Folgen des Hungers.



Kinder und Frauen warten in Berlin auf die Zuteilung von Lebensmitteln, 1917

Wer nicht kämpfen konnte, sollte die Soldaten an der Front anderweitig unterstützen – entweder durch Arbeit oder durch Geld. Mit zum Teil aggressiver Propaganda wurde die Bevölkerung zum Zeichnen von Krieganleihen aufgefordert. Nach dem Krieg sollten diese Kredite von den besiegten Kriegsgegnern an die eigene Bevölkerung zurückgezahlt werden. Mit steigendem Finanzbedarf erhöhte die Reichsregierung trotz der sinkenden Produktivität die Geldmenge. Das führte zu einer **Inflation**, bei der der Wert der Mark bis Kriegsende um ungefähr zwei Drittel ihrer Kaufkraft zurückging.

Verlierer der wirtschaftlichen Entwicklung waren die Arbeiter, deren Lohnerhöhungen von den Preissteigerungen weit übertroffen wurden. In Teilen der Arbeiterschaft näherten sich die Lebensverhältnisse wieder der Verelendung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an. Aber auch Angestellte und Beamte litten unter dem hohen Kaufkraftverlust. Wie den Industriearbeitern fehlten ihnen die Mittel, ihren Bedarf an Nahrung z. B. auf dem Schwarzmarkt zu decken.

Zu den Nutznießern der wirtschaftlichen Entwicklung gehörten vor allem Bevölkerungsschichten, die über Sachwerte oder Grundbesitz verfügten. In besonderer Weise profitierten deutsche Großunternehmen, vor allem die Rüstungsproduktion sowie andere kriegswichtige Wirtschaftszweige, von der Kriegswirtschaft. Sie konnten große Gewinne machen und die technischen Innovationen der Kriegszeit nach 1918 weiter nutzen, während Produzenten von Verbrauchsgütern oder der gewerbliche Mittelstand bei der zentralen Rohstoffzuteilung und der Auftragsvergabe vernachlässigt wurden.

Insgesamt gelang es der politischen Führung in Deutschland weniger gut als in Frankreich oder Großbritannien, die Lasten des Kriegs gleichmäßig auf alle Schultern der Bevölkerung zu verteilen, sodass sich die soziale Schere in der deutschen Gesellschaft durch die Kriegswirtschaft erheblich vergrößerte und das bestehende politische System immer mehr an Rückhalt einbüßte.

2.6 Kriegspropaganda und Feindbilder

Anders als lange Zeit angenommen, herrschte im Sommer 1914 in Deutschland keine allgemeine Kriegsbegeisterung. Zwar kam es sowohl im Juli als auch im August 1914 zu spontanen vaterländischen Kundgebungen, aber auch zu Friedensdemonstrationen wie die der SPD in Berlin Ende Juli. Bei Kriegsausbruch gab es neben nationalistischer Begeisterung in den Großstädten vor allem monarchistischer Bürger und junger Männer auch Erschütterung, Skepsis oder Furcht vor dem, was kommen würde. Das sogenannte **August-Erlebnis** einer massenhaften Kriegsbegeisterung betraf – anders als viele Bilder es vermitteln – nur eine Minderheit der Bevölkerung.

Da die Reichsleitung den Krieg als Verteidigungskrieg dargestellt hatte, waren viele Deutsche allerdings davon überzeugt, dass man zusammenstehen müsse, um die vermeintlichen Angreifer geschlossen abzuwehren. Diese Idee eines nationalen Zusammenhalts in der Stunde der Bedrohung zeigt besonders gut der berühmte Ausspruch Kaiser Wilhelms II.: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche“. Wie bei der Belagerung einer mittelalterlichen

Burg sollte die gesamte Bevölkerung zusammenrücken und alle politischen Auseinandersetzungen zurückstellen („**Burgfriede**“). Unter diesem Eindruck stimmte am 4. August 1914 auch die SPD trotz ihrer grundsätzlich pazifistischen Einstellung der Bewilligung der Kriegskredite zu, die zur Führung des Kriegs aufgenommen werden sollten.

Ähnlich dem Mythos vom „August-Erlebnis“ brachte der Krieg weitere Legenden hervor. Um Kampfes- und Durchhaltewillen zu stärken, wurden Siege der deutschen Armee wie die Schlacht bei Tannenberg in Ostpreußen als triumphale Erfolge verklärt. Niederlagen wurden dagegen umgedeutet zu einem Ereignis, bei dem sich Tausende junger Soldaten als Helden für das Vaterland geopfert hätten. Diese Legenden überdauerten den Krieg und das Kaiserreich und wurden noch im Nationalsozialismus propagandistisch instrumentalisiert. Am folgenreichsten war dabei die sogenannte **Dolchstoßlegende**.

Dolchstoßlegende

Die Dolchstoßlegende besagt, dass das deutsche Heer im Felde unbesiegt geblieben, aber von der Heimat im Stich gelassen worden sei. Durch Streiks, Sabotage und Revolution habe die „Heimatfront“ (je nach politischer Absicht Arbeiter, Sozialisten, Kommunisten oder Juden) das Heer hinterrücks „erdolcht“ und zu Fall gebracht. In Wahrheit hatte Ende September 1918 die Oberste Heeresleitung (OHL) gegenüber dem Kaiser einräumen müssen, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, und die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen gefordert. Um von ihrer Verantwortung für den Kriegsausgang abzulenken, verbreitete die militärische Führung, vor allem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und sein Stellvertreter Erich Ludendorff, wider besseres Wissen und gegen die Faktenlage nach dem Krieg die **Verschwörungstheorie** vom „Dolchstoß“.

Die Dolchstoßlegende wurde in konservativen und nationalen Kreisen zu einem feststehenden, immer wiederkehrenden Bestandteil der **Propaganda** gegen die Weimarer Republik und damit zu einer schweren Belastung für die erste deutsche Demokratie.

Staatlich organisierte Kriegspropaganda sollte im Ersten Weltkrieg den Durchhaltewillen der Soldaten und der Bevölkerung stärken und einen Krieg legitimieren, der jeden Bürger und alle Lebensbereiche betraf. **Feindbilder** und nationaler Hass wurden geschürt, die Verhandlungen und Versöhnung fast unmöglich machten – nur ein Sieg konnte die hohen Opferzahlen in diesem Kampf rechtfertigen. Diese **Hasspropaganda** sollte noch lange nach dem Krieg das Verhältnis der europäischen Völker belasten.

Briten und Franzosen charakterisierten ihren Kampf als den eines Kulturvolks gegen unzivilisierte Barbaren. Die Deutschen wurden – nicht zuletzt wegen ihres brutalen Vorgehens in Belgien und Frankreich 1914 – als „Hunnen“,

Dämonen oder Bestien dargestellt, während die eigenen Soldaten als Kämpfer für eine gerechte Sache gefeiert wurden.

Auf deutscher Seite forderten Kampagnen die Bevölkerung zur Zeichnung von Kriegsanleihen und zu Spendenaktionen von Edelmetallen auf, um den Krieg zu finanzieren („Gold gab ich für Eisen“). Plakate und Filme sollten von den gesellschaftlichen Verwerfungen und Entbehrungen des Kriegsalltags ablenken und die Siegeszuversicht stärken. 1917 wurde zudem der „vaterländische Unterricht“ eingeführt, um durch patriotische Belehrung die Moral der Soldaten sowie der Zivilbevölkerung zu heben. So vermittelte die militärische und politische Führung bis zuletzt den Eindruck, dass der deutsche Sieg unvermeidlich und gewiss sei.

Im Inneren richtete sich die nationalistische Propaganda mit den zunehmenden Entbehrungen des Kriegs gegen die Juden. Obwohl ca. 100 000 deutsche Juden im Ersten Weltkrieg als Soldaten kämpften und sich 1914 ca. 10 000 freiwillig gemeldet hatten, wurden die **Juden** von den nationalistischen Verbänden zu „Drückebergern“, **zum Sündenbock** für die Kriegsfolgen und zu „Kriegsgewinnlern“ abgestempelt.

In der Propaganda des „modernen“ Kriegs wurden neben den Massenmedien wie Zeitung, Plakat und Feldpostkarte erstmals auch Fotografien und Filmaufnahmen in größerem Umfang genutzt. So vermittelte die Kriegsberichterstattung viel unmittelbarere und ergreifendere Eindrücke vom Kriegsgeschehen als im 19. Jahrhundert. Allerdings zeigten die Bilder – manchmal auch nachträglich inszeniert – in der Regel nicht die Schrecken des Kampfes, sondern eher die Grausamkeiten des Gegners und die eigenen Siege.

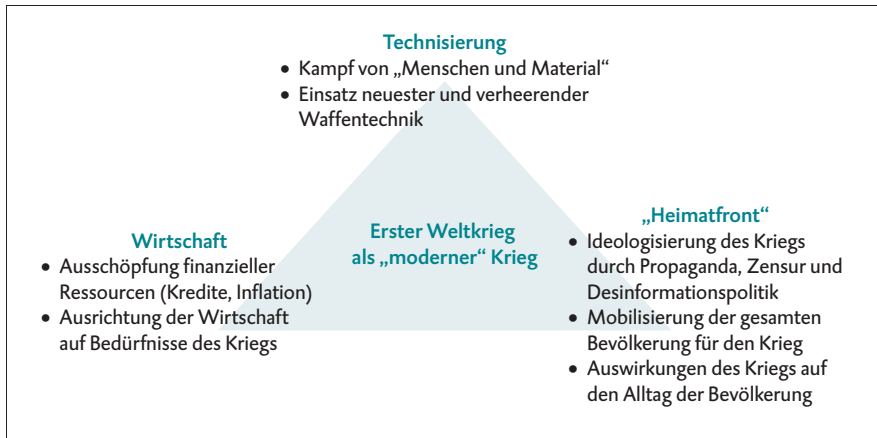
Überhaupt sollten die schrecklichen Fronterlebnisse möglichst nur gefiltert in der Heimat ankommen. Daher wurde die Feldpost der Soldaten genauso wie



Plakat für die 6. Kriegsanleihe 1917

die Presse seit Beginn des Kriegs zensiert. Die **Zensur** war allerdings nicht umfassend: Berichte von Tod und Grauen auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben gelangten dennoch in die Heimat. Ebenso erfuhren die Soldaten an der Front von der zunehmend hoffnungslosen Lage zu Hause.

Der Erste Weltkrieg als „moderner“ Krieg



Aufgaben

- 38 Erläutern Sie, wie der Krieg die Lebenssituation der Zivilbevölkerung in Deutschland bestimmte.
- 39 Charakterisieren Sie die Wirkungen und Folgen von Feindbildern im Ersten Weltkrieg.

36 Positionen zur Kriegsschuldfrage:

- Positionen, die die deutsche Allein- oder Hauptverantwortung betonen (z. B. „Fischer-These“); Dissens besteht dabei über die Motive und Ziele der deutschen Politik (z. B. eher defensives „kalkuliertes Risiko“ oder eher offensiver „Griff nach der Weltmacht“)
- Positionen, die eher gesamteuropäische Perspektive einnehmen: Verantwortung aller Großmächte; Betonung der Rolle von prägenden Denkweisen, gesellschaftlichen Entwicklungen und weltpolitischen Konflikten (z. B. Clark)
- seit Ende des Ersten Weltkriegs abhängig vom Standort (z. B. deutsche oder französische Perspektive), vom Zeitkontext (z. B. Weimarer Republik oder Aufarbeitung der deutschen Geschichte in den 1960er-Jahren) oder von neuen Erkenntnissen („Fischer-Kontroverse“) Hervorhebung unterschiedlicher Aspekte der „Kriegsschuldfrage“
- aktuell weitgehende Einigkeit über Hauptverantwortung des Deutschen Reichs, aber Einbeziehung der krisenverschärfenden Politik anderer europäischer Mächte und Entwicklungen des 19. Jahrhunderts in die Bewertung

37 Kriegsziele und Nachkriegsordnung:

- expansive Kriegsziele des Deutschen Reichs (z. B. Hegemonie in Europa) und Bestrebungen der Alliierten (z. B. Schwächung Deutschlands, Rückgabe Belgiens) schlossen Verständigung weitgehend aus; beide Bündnisse strebten Sieg über den Kriegsgegner an („Siegfrieden“)
- Dissens auch unter den Alliierten, z. B. Konflikte zwischen England und Frankreich über das Ausmaß der Schwächung Deutschlands
- auf Verständigung zwischen Mittelmächten und Alliierten beruhende Nachkriegsordnung bzw. alle Seiten befriedigende Kompromisse sehr unwahrscheinlich

38 Lebenssituation der Zivilbevölkerung in Deutschland während des Kriegs:

- autoritäre Herrschaft der Militärführung
- Einbindung in eine zentral gelenkte Kriegswirtschaft, die auf Rüstungsproduktion konzentriert war
- Steuerung der Lebensmittelversorgung durch Rationierung und Lebensmittelkarten als Folge der Nahrungsmittelverknappung
- Entstehen eines Schwarzmarktes
- miserable Versorgungslage mit Mangelernährung (Erhöhung der Kindersterblichkeit und der allgemeinen Sterblichkeit)
- Verstärkung der sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich sowie zwischen Stadt und Land

39 Wirkungen und Folgen von Feindbildern:

- Feindbilder als Teil der „totalen“ Kriegführung: Mobilisierung der Öffentlichkeit für den Krieg
- Verfestigung von Feindbildern: gemeinsame Werte spielen keine Rolle mehr
- nur Sieg ist für alle beteiligten Mächte akzeptabel: Opfer des Kriegs gegen einen „barbarischen“ Feind dürfen nicht „umsonst“ gewesen sein
- Mythenbildung (z. B. „aufgezwungener“ Krieg, Dolchstoßlegende) erschwert in Deutschland langfristig die Auseinandersetzung mit der politischen Verantwortung für den Krieg
- Feindbilder und Hasspropaganda belasten nach Kriegsende das Verhältnis der europäischen Völker und verhindern Aussöhnung

40 Zentrale Beschlüsse des Versailler Vertrags und Folgen für Deutschland:

- Gebiets- und Bevölkerungsverluste durch territoriale Bestimmungen
- wirtschaftliche Belastungen durch Reparationen
- militärische Schwächung durch Entmilitarisierung des Rheinlands und Begrenzung des militärischen Potenzials (z. B. Abschaffung der Wehrpflicht, reduziertes Berufsheer, Abrüstung)
- kollektive Zurückweisung des Vertrags in Deutschland wegen Artikel 231, Strafbestimmungen und Ausschluss von den Verhandlungen
- Vertrag als Nährboden für Revanchismus: rechte Propaganda gegen „Erfüllungspolitiker“ des „Diktats von Versailles“ und Ablehnung der Demokratie
- aufgrund der Härte der Bestimmungen wurden Entwicklungsmöglichkeiten nicht wahrgenommen (z. B. Großmachtstatus wiederzuerlangen)

Folgen des Vertrags für den Frieden in Europa:

- Unzufriedenheit auch in Heimat der alliierten Verhandlungsführer, da Vertrag nur Kompromiss zwischen den Interessen der Siegermächte darstellte
- Wahrnehmung des Versailler Vertrags machte nationale und konservative Kreise anfällig für Forderungen, die Bestimmungen von Versailles auch auf aggressive Weise zu revidieren; eine direkte Linie von Versailles zu Hitler oder sogar zum Zweiten Weltkrieg verkürzt den historischen Zusammenhang aber auf unzulässige Weise (zwischen 1925 und 1932 auch friedliche Revision; außerdem komplexes Ursachengeflecht für die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten)
- Völkerbund als erster, wenn auch nicht dauerhafter Versuch, eine überstaatliche Friedensordnung zu schaffen



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK